

Resolution zur Solidarität mit verfolgten Christen

Die Situation von Christen aller christlichen Konfessionen ist in vielen Ländern unserer Erde unsicher und prekär. Vor allem in Ländern mit muslimischer Mehrheit, in denen das islamische Recht (Scharia) praktiziert wird, aber auch in Ländern wie Nordkorea, China und einigen Bundesstaaten Indiens ist das Leben der in der Minderheit lebenden christlichen Gemeinden akut gefährdet. Viele Christen sind dazu gezwungen, ihren Glauben im Untergrund zu leben, oder müssen, um ihr Leben zu schützen, aus ihrer angestammten Heimat fliehen.

Besonders schwer von der Verfolgung betroffen sind zur Zeit die im Irak lebenden Christen der mit Rom unierten orientalischen Kirchen. Der chaldäische Bischof von Mossul, Emil Shimon Nona, spricht offen von einem Kreuzweg der dort lebenden Christen sowie einer humanitären Katastrophe. Hunderttausende Christen werden auf grausame Art und Weise verfolgt, vergewaltigt, ermordet und vertrieben, ohne von den staatlichen und lokalen Behörden ausreichend geschützt zu sein.

Unser Heiliger Vater Papst Benedikt XVI. hat hohe Vertreter der orientalischen Kirchen für den Oktober 2010 zu einer Sonderbischofssynode nach Rom geladen, um die orientalischen Kirchen noch mehr untereinander zu einen, um so die Situation der christlichen Minderheiten im Orient nachhaltig zu verbessern und um die Anliegen von katholischen Chaldäern, Syrern, Kopten oder Armeniern noch mehr zur Aufgabe der Weltkirche zu machen.

Das Forum Deutscher Katholiken und die mit ihm verbundenen Gemeinschaften machen sich die Sorge unseres Heiligen Vaters über die sehr ernste Situation der Glaubensbrüder und Glaubensschwestern der orientalischen Kirchen sowie aller verfolgten Christen zu eigen und rufen mit dieser Resolution die Bischöfe, Priester und Ordensgemeinschaften sowie alle Christen unseres Landes dazu auf, sich verstärkt und anhaltend mit den verfolgten Glaubensgeschwistern solidarisch zu zeigen, sei es durch Gebet, sei es durch Kontakte zu verfolgten Christen im eigenen Umfeld, sei es durch die finanzielle Unterstützung von Hilfsorganisationen, die seit vielen Jahren in diesem Anliegen arbeiten (z.B. Kirche in Not weltweit).

Ferner bitten wir die Politiker unseres Landes sich mit allem Nachdruck für die Verbesserung der Situation benachteiligter und verfolgter Minderheiten in anderen Ländern, namentlich der besonders stark betroffenen christlichen Minderheiten, auf politischem und diplomatischem Wege einzusetzen.

